

Eine landesweite Stimme der Kita-Eltern

Was es für Schulen gibt, wird auch für Betreuungseinrichtungen angestrebt

trau. WIESBADEN. Vieles deutet darauf hin, dass es künftig einen Landeselternbeirat nicht nur für Schulen, sondern auch für Kindertagesstätten gibt. Der Vorstoß von SPD und FDP, eine solche Vertretung gesetzlich zu verankern, wurde in dieser Woche von der schwarz-grünen Landtagsmehrheit zwar abgelehnt, aber nicht aus prinzipiellen Gründen.

Die Beteiligung von Eltern „auf allen Ebenen“ sei wichtig, sagte die familienpolitische Sprecherin der CDU, Claudia Ravensburg. Bevor jedoch ein Landeselternbeirat eingerichtet werde, müssten auf den unteren Ebenen die notwendigen Strukturen aufgebaut werden. Die Landesregierung unterstütze deshalb die Landesarbeitsgemeinschaft Kita-Eltern Hessen, die sich um die Wahl von trägerübergreifenden Elternvertretungen bemühe.

Kathrin Anders, in der Grünen-Fraktion für frühkindliche Bildung zuständig, sagte, zunächst müssten sich demokratisch legitimierte Elternvertretungen in einzelnen Kommunen und Jugendamtsbezirken etablieren. Das sei ein anspruchsvolles Unterfangen, da die Kita-Landschaft weit heterogener sei als die der Schulen. Nicht nur hätten die rund 4200 hessischen Tagesstätten Hunderte unterschiedlicher Träger, auch die Interessen der Eltern seien sehr differenziert. Nur wenige große Städte hätten Stadtelternbeiräte für die Kitas, meist seien die Eltern aus Kitas freier Träger dort nicht vertreten.

Vor zwei Jahren hatte sich die Landesarbeitsgemeinschaft Kita-Eltern Hessen mit dem Ziel gegründet, eine hessenweite Beteiligung von Eltern aus Krippen, Kindergärten und Horten zu erreichen. Mit-

gründerin und vor knapp zwei Wochen wiedergewählte Vorsitzende ist die Frankfurterin Brigitte Molter. In Gießen hat der Verein die „Servicestelle Kita-Eltern Hessen“ geschaffen, die Eltern beraten und vernetzen soll. Zwei hauptamtliche Kräfte werden vom Sozialministerium finanziert. Zu den mittelfristigen Zielen gehört auch die Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen Landeselternbeirats.

Die Regierungskoalition kritisierte den Gesetzentwurf von SPD und FDP als verfrüht, die beiden Oppositionsparteien sind hingegen der Meinung, es sei höchste Zeit für eine Vertretung auf Landesebene, denn dort würden, wie der FDP-Fraktionsvorsitzende René Rock argumentiert, „die Grundsatzentscheidungen getroffen und die Rahmenbedingungen für die Finanzierung, aber auch die Qualität, gesetzt“.